

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

2.2.1913 (No. 32)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 32

Sonntag, den 2. Februar 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wofelbst auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., Hofrat Dr. August Bernthsen, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich bayerischen Verdienstordens vom heiligen Michael vierter Klasse mit der Krone zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 23. Januar 1913 gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. April 1913 den ordentlichen Professor an der Universität Basel Dr. Rudolf Fueter zum ordentlichen Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 23. Januar 1913 gnädigst geruht, den Notar Eugen Stader in Stühlingen in den Amtsgerichtsbezirk Sinsheim zu versetzen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat dem Notar Stader den Notariatsdistrikt Sinsheim II zugewiesen.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unterm 16. Januar 1913 Gerichtsassessor Rudolf Schilling aus Sulzburg als Rechtsanwalt beim Landgericht Freiburg mit dem Wohnsitz in Freiburg zugelassen worden.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat unterm 30. November 1912:

den Justizsekretär Heinrich Hirsch beim Amtsgericht Mosbach zum Landgericht Mosbach,

den Justizsekretär Robert Herold beim Amtsgericht Neckarbischofsheim zum Amtsgericht Mosbach versetzt,

den Justizaktuar Friedrich Frank beim Amtsgericht Müllheim zum Justizsekretär beim Amtsgericht Neckarbischofsheim ernannt und

unterm 20. Januar 1913 den Justizaktuar Friedrich Weich zum Landgericht Karlsruhe zum Oberlandesgericht versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 21. Januar 1913 den Obergerometer Abraham Kunkel in Mosbach auf die Bezirksgeometerstelle in Ettlingen versetzt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 16. Januar 1913 den Finanzsekretär Hermann Barth beim Steuerkommissär für den Bezirk Freiburg-Land II zum Steuerkommissär für den Bezirk Freiburg-Land, den Finanzsekretär Leo Frank beim Steuerkommissär für den Bezirk Freiburg-Land I zum Steuerkommissär für den Bezirk Freiburg-Stadt und den Finanzsekretär Arnold Kiefert in Buchen nach Pforzheim versetzt,

unterm 23. Januar 1913 die Finanzsekretäre Gustav Kuri in Tiengen und Mathias Böbele in Bretten zu Steuerkontrolloren ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 28. Januar 1913 wurde Oberrevisor Emil Siegele in Karlsruhe nach Lauda versetzt und mit der Vernehmung des Stationsamtes I daselbst betraut.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 28. Januar 1913 wurde den Obereisenbahnsekretären: Hermann Danner in Freiburg das Stationsamt II Riegel, Joseph Sants in Ettlingen das Stationsamt II Weil-Neopoldshöhe und Wilhelm Hauf in Basel das Stationsamt II Salingen übertragen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 10. Dezember 1912 wurde Eisenbahnsekretär Karl Kammerer in Herbolzheim nach Radolfzell versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 7. Januar 1913 wurde Oberstationskontrollor Friedrich Venz in Appentweier nach Diefenbühl versetzt.

Gestorben:

am 23. Januar d. J.: Konrath, Friedrich, Oberrevisor, beim Bezirksamt Raftatt.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Bareinzahlungen auf 4prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 99,90 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 1. Februar 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 1. Februar.

* Politische Wochenrückblicke.

Der Balkan.

Vom 16. Dezember 1912 bis zum 28. Januar 1913 haben die Verhandlungen zwischen den Balkanstaaten und der Türkei in London gewährt. Am letztgenannten Tage sind sie durch die Bevollmächtigten der Balkanstaaten abgebrochen worden, mit der Begründung, daß während dreier Wochen keine Antwort auf ihre letzte Forderung eingegangen sei und daß, wie es scheint, die Ereignisse in Konstantinopel die Hoffnung beseitigten, zum Friedensschluß zu gelangen. Mit den Ereignissen in Konstantinopel ist der Handstreich vom 23. Januar gemeint, der Mahmud Scheffet Pascha zur Würde des Großwehirs emportrug. Mit dem 30. Januar, 7 Uhr abends, wurde der seit dem 4. Dezember währende Waffenstillstand gekündigt; da eine vierwöchige Kündigungsfrist vereinbart ist, kann die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten am 3. Februar erfolgen. Um die gleiche Stunde, zu der am 30. Januar der serbische Geschäftsträger Gruitch dem türkischen Unterhändler Reschid Pascha in London die schriftliche Note der Balkanverbündeten überreichte, hat nach einer Meldung aus Konstantinopel dort der türkische Minister des Äußern dem Botschafter Österreich-Ungarns, Markgrafen Pallavicini, als ältestem des diplomatischen Korps, die Antwort der türkischen Regierung auf die am 17. Januar überreichte gemeinsame Note der Mächte unterbreitet. Die Antwort der Türkei hat also dreizehn Tage beansprucht, was wohl nicht als exorbitant angesehen werden kann. Die türkische Antwort folgt inhaltlich dem Schriftstück vom 17. Januar, das die Übergabe Adrianopels und die Überantwortung der Ägäischen Inseln zur Verfügung der Mächte empfahl. Die türkische Regierung erklärt sich zur Abtretung des Teiles der Stadt Adrianopel bereit, der auf dem rechten Ufer der Marika liegt; den anderen Teil auf dem linken Ufer mit seinen Moscheen, Mauern und anderen geschäftlichen und religiösen Denkmälern will sie unter der direkten türkischen Souveränität bewahren. Damit bietet die Regierung weniger, als die Mächte verlangten, und auch weniger, als das vorige Ministerium nach allgemeiner Annahme (die freilich in einer türkischen Meldung bestritten wurde) zu geben bereit war. Immerhin ist die Forderung der Mächte nicht schroff abgelehnt, der Wahrspruch, von dem man nach der letzten Umwälzung hörte: „Adrianopel oder den Tod!“ ist nicht durchgeführt. Was die ägäischen Inseln anbelangt, so gesteht die türkische Regierung den sechs Großmächten zu, über das Los der durch die Balkanverbündeten besetzten Inseln zu bestimmen, wobei sie dafür plädiert, daß ein Teil der Ägäischen Inseln wegen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft mit der Meerenge der Dardanellen zur Verteidigung der Hauptstadt unumgänglich notwendig und die anderen zur Sicherheit Kleasiens unentbehrlich seien. Immerhin ist auch hier das Zugeständnis nicht zu übersehen. Die Tragweite der weiteren türkischen Anregungen bedarf freilich der Prüfung. Jedenfalls behalten die Mächte ihre Hand in der Angelegenheit und, da in London keine Friedensunterhändler der Balkanstaaten mehr vorhanden sind, senkt sich naturgemäß das Schwerkraft der Verhandlung zu den Großmächten hinüber.

Die Beziehungen der Mächte.

Die Beziehungen der Großmächte haben, so viel man sieht, keine Erleichterung erfahren. Keine der Mächte hat ihre Neutralität aufgegeben, auch hat bisher keine der Mächte auf einem Vorschlage bestanden, der wie der Plan einer Flottendemonstration gegen die Türkei die Einigkeit der Mächte zerstören würde, da das Deutsche Reich und die Dreieinmächte ihm schwerlich zustimmen könnten. Der Angabe, daß in Ungarn ein Bruchteil der zur

Grenze einberufenen Reservisten beurlaubt werden solle, ist im Wiener Parlament eine bestätigende Erklärung des Landesverteidigungsministers erfolgt. Wenn Rußland sich der darin ausgedrückten vertrauensvollen Beurteilung der Lage anschließt, wird es wohl seinerseits zu einer ähnlichen Maßregel schreiten und, wenn beide Mächte so Schritt für Schritt weiter gehen, wird man mit der Zeit wieder zum Friedensstande und in das gewöhnliche Geleise zurückkehren. Beachtung verdient, wie sich der russische Minister des Äußern, Sazonow, zum Vertreter einer Petersburger Zeitung ausgesprochen hat. Rußland, so ist der Sinn der Äußerung, interessiert sich nicht so sehr für Albanien, das ist vielmehr eine Angelegenheit Österreich-Ungarns und Italiens. So wenig klar der Horizont ist und so wenig sich die Entwicklung in Konstantinopel und in der Thessalonikalinie übersehen läßt, so dürfen doch auch diese Momente, die eine allmähliche Entwicklung der Lage im Sinne des Friedens andeuten, nicht übersehen werden.

Die Gedanken der Mächte sind auf den Frieden am Balkan gerichtet. Daher kann die Türkei von keiner Seite Geld zur Fortführung des Krieges erwarten. Den Italienern war nachgesagt worden, sie wollten die Türkei dadurch unterstützen, daß sie ihr jetzt eine Zahlung auf Grund der Bestimmungen des Friedens von Bucharest machten, der den italienisch-türkischen Krieg beendete. Es erscheint aber nach den sonstigen Kundgebungen der italienischen Willensmeinung ganz ausgeschlossen, daß Italien gerade jetzt die verabschiedete Ablösung für die Barkaufgüter (die islamitischen Kirchengüter) in Tripolis auszahlen werde. Italienische Politiker haben mit besonderer Sorge den Handstreich Enver Beis beobachtet. Dieser ist für sie der „schwarze Mann“ und sie besorgen von seiner Erhebung eine Rückwirkung auf die Chrenaike, wo er ihnen schon so viele Schwierigkeiten bereitet hat. Sie haben dabei die Objektivität in der Beurteilung der Konstantinopler Vorgänge und der hauptbeteiligten Person verloren. Wenn auch niemand das Schicksal der neuen Regierung voraussagen kann, so sollten doch gerade die Italiener für die glühende Vaterlandsliebe Enver Beis menschliches Verständnis haben.

Die deutsche Auffassung.

Auch von deutscher Seite wird die Türkei vor Friedensschluß kein Geld erhalten, auch nicht in Verbindung mit der geplanten Konstantinopler Untergrundbahn. Die Beziehung des Deutschland zum neuen Ministerium ist in der Presse enger geschildert worden, als sie tatsächlich ist. Die Meldung der „Kölnischen Zeitung“, daß in der Nacht nach der jungtürkischen Schilderhebung Enver Beis eine zweistündige Unterredung mit dem deutschen Botschafter, Freiherrn v. Wangenheim, gehabt hätte, ist inzwischen schon widerlegt worden. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ in Konstantinopel, Weich, sollte die Hand im Spiele gehabt haben; dieser hat aber erklärt, er habe Enver Beis überhaupt nur einmal gesehen und zwar bei einem Essen in der türkischen Botschaft zu Berlin. Man wird also gut tun, in Zukunft die uns betreffenden Nachrichten aus Konstantinopel, auch wenn sie von scheinbar glaubwürdiger Seite kommen, mit Zweifel aufzunehmen. Das gilt bis zu gewissen, wenn schon geringerem Grade auch von der Rede, die unser Botschafter in Konstantinopel zur Feier von Kaisers Geburtstag gehalten hat. In welcher Form er auf die anatolischen Interessen Deutschlands hingewiesen hat, ist nicht authentisch festgestellt. Darauf kommt es aber wohl auch nicht an. Zur Genüge bekannt ist, daß die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Anatolien sehr erheblich sind. Sie würden sofort in Frage gestellt werden, wenn andere Mächte als die Türkei dort Einfluß gewännen. Diese Interessen verlangen, wie bisher, die strenge Aufrechterhaltung des türkischen Besitzstandes in Kleinasien. Von diesem Standpunkte aus erklärt sich die ganze deutsche Politik bei dem gemeinsamen Schritt der Mächte: die Türkei muß in Kleinasien stark erhalten werden; sie kann nach Lage der Dinge nichts Besseres tun, als sich von den europäischen Hypotheken zu entlasten, die sie nur drücken, ohne ihr etwas einzubringen.

Der preussische Wohnungsgesetzentwurf.

Es ist seit längerer Zeit eine Streitfrage, ob die Wohnungsgesetzgebung besser durch das Reich oder durch die Einzelstaaten erfolgt. Einige einzelstaatliche Regierungen bestreiten die Zweckmäßigkeit, andere er-

kennen sie an. In den verschiedensten parlamentarischen Körperschaften ist die Frage behandelt worden. Der Reichstag hat in seiner neuen Legislaturperiode eine eigene Wohnungskommission eingesetzt, in der auch seitens der Reichsleitung Mitteilungen gemacht wurden. Sie bewegten sich nach glaubhaften Berichten auf der Linie, daß neuerdings auf die Bundesstaaten dahin eingewirkt worden sei, gesetzgeberisch vorzugehen. Die Wohnungskommission des Reichstags hat ihrerseits einen Vorentwurf für ein Reichswohnungsaufsichtsgesetz ausgearbeitet. Mit Resolutionen war die Reichsleitung schon lange bestirmt worden. Aber auch das preussische Abgeordnetenhaus hatte die Regierung um Vorlegung eines Wohnungsgesetzes ersucht. Ein solcher ist nunmehr durch Veröffentlichung im „Preussischen Staatsanzeiger“ bekannt gegeben worden. Er lehnt sich an den bereits 1904 vorgelegten Entwurf, der nicht Gesetz geworden ist, an, weicht aber auch in manchen Punkten ab. So schrieb der alte Entwurf bestimmte Mindestforderungen der Wohnungsordnungen vor, der neue stellt den Inhalt der Wohnungsordnungen in das Ermessen der Gemeinden und Gutsbesitzer, daß überhaupt Wohnungsordnungen erlassen werden, wird Gemeinden und Gutsbesitzern mit mehr als zehntausend Einwohnern zur Pflicht gemacht, Gemeinden mit mehr als hunderttausend Einwohnern müssen zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein besonderes Wohnungsausschussamt errichten. Dabei darf darauf erinnert werden, daß in Baden die Landesbauordnung von 1907 die Erlassung von Wohnungsordnungen durch ortspolizeiliche Vorschriften vorseht, für deren Inhalt sie gewisse Richtlinien gibt.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat am 30. Januar mit Mehrheit beschlossen: „Die Zulassung der Enteignung polnischer Grundbesitzer für die Zwecke der preussischen Ansiedlungskommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstages.“ Der Antrag war von den polnischen Abgeordneten gestellt worden, die Mehrheit bestand aus 213 Abgeordneten und setzte sich zusammen aus den Polen, dem gesamten Zentrum, den Sozialdemokraten, Elshäusern, Welfen usw. Die Minderheit bestand aus 97 Abgeordneten; auf dieser Seite waren geschlossen die Konservativen, die Freikonservativen und die Nationalliberalen. Der Abstimmung enthielten sich die gesamte Fortschrittliche Volkspartei (mit 43 Stimmen), die beiden bayerischen Bauernbündler, der Abg. Gräfe-Sachsen von der Deutschen Reformpartei und der fraktionslose Graf Rosadowsky. Der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco, hatte am Tage vorher zu der polnischen Interpellation, deren Beratung dem Beschlusse der Mehrheit voranging, das Wort genommen. Der größere Teil seiner Ausführungen diente dazu, einen Vorgang aus dem Jahre 1908 in die Erinnerung zurückzurufen. In diesem Jahre hatten polnische Abgeordnete eine ähnliche Interpellation eingebracht und der damalige Staatssekretär des Reichsjustizamts, Nieberding, hatte im Namen des Reichskanzlers Fürsten Bülow erklärt, daß weder die Reichsverfassung noch das Bürgerliche Gesetzbuch dem Enteignungsverfahren entgegenstehe. Dieses Verfahren gehörte somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung. Demgemäß wurde die Beantwortung der Interpellation im Reichstage abgelehnt. Aus den gleichen Gründen wurde vom Staatssekretär Visco der Gegenstand der neuen Interpellation als eine innere Angelegenheit Preußens bezeichnet und die Beantwortung abgelehnt. Trotz dieser Erklärung machte die Mehrheit des Hauses von der Möglichkeit, die durch die Veränderung der Geschäftsordnung gegeben ist, Gebrauch, und knüpfte an die Beratung der Interpellation den schon mitgeteilten Beschluß, den man kurzweg als **Misstrauensvotum** bezeichnet. Eine staatsrechtliche Folge hat der Beschluß nicht. Besondere politische Folgen wird er gleichfalls nicht haben, da die Mehrheit, die ihn durchdrückte, eine rein zufällige ist. Daß er freilich nach dem Willen der Abstimmenden eine Einwirkung bezweckt, kann nicht bezweifelt werden. Bedenklich ist dabei auch die Überschreitung der Zuständigkeit. Wenn irgend jemand, so haben die Parlamente ein Interesse daran, den Rechtsstand zu achten. Das Echo aus dem preussischen Abgeordnetenhaus auf den Beschluß des Reichstages ist nicht ausgeblieben. Allerdings kann dem Abgeordnetenhaus der Vorwurf nicht erpart werden, daß es durch ausführliche Erörterung der auswärtigen Politik des Reiches, eine Erörterung, die der eigenen besseren Gewohnheit des Hauses widersprach, ein schlechtes Beispiel gegeben hat. Man sollte beiderseitig zur strengen Einhaltung, der teils durch die Verfassung, teils durch den Takt gebotenen Grenzen zurückkehren.

Die Balkankrise.

So große Ungewissheit zur Stunde noch über den Ereignissen der nächsten Tage liegt, darüber ist kein Zweifel, daß Zwangsmassregeln Deutschlands und auch der übrigen Großmächte auch heute außer aller Kalkulation stehen müssen. Sie würden sich mit der Neutralität in keiner Weise vereinbaren. Das Programm der Großmächte, das vor kurzem in klar formulierter Weise dargelegt wurde, hat sich nicht verändert, und kann sich auch nicht verändern.

Die türkische Widerstandsfähigkeit wird von genauen Kennern der Türkei höher eingeschätzt, als allgemein angenommen wird. An der Tschataldschalinie haben die Bulgaren an allen drei Tagen, an denen ernste Kämpfe stattfanden, eine entscheidende Niederlage erlitten. Die

bulgarische Armee will bereiter sein als beim Anfang des Krieges. Das wird sehr bezweifelt. Türkische Hoffnungen stützen sich auch darauf, daß in Bulgarien jetzt große Unzufriedenheit herrscht. Die Bayern, die im Felde stehen, müssen, falls sie nicht vollkommen zugrunde gehen wollen, jetzt ihre Felder bestellen. Können sie das nicht, dann kann Bulgarien an den Abgang des Kleinfeld geraten. Ob nicht Uneinigigkeiten in der türkischen Armee die Schlagkraft wieder beeinträchtigen werden, ist eine andere Sache.

Drahtlich wird noch zur Lage gemeldet.

Konstantinopel, 1. Febr. Gestern hat eine Versammlung zwecks Bildung eines Komitees für nationale Verteidigung, an der ungefähr 800 Personen teilnahmen, darunter sämtliche Notabilitäten der jungtürkischen Partei. Der muftimanische Publizist Noghiev sagte, wir haben Europa vor uns, aber hinter uns stehen 400 Millionen Muselmanen. Wenn wir untergehen, so muß die Welt erschüttert werden. Die Versammlung setzte ein Exekutivkomitee, sowie weitere Ausschüsse ein, u. a. zur Anwerbung von Freiwilligen, zur Schaffung von Ambulanzen und zur Eröffnung einer Subskription. Es wurde eine Resolution angenommen, in der hervorgehoben wird, daß die inneren Schwierigkeiten, die einzige Stütze des Feindes, auf ewig begraben seien, da nur, wenn eine einige ottomanische Nation gegen den Feind stehe und Eigentum und Leben in der Pflicht des Vaterlandes stelle, dank diesem moralischen und materiellen Kapital die fluchwürdigen Ziele des Feindes zunichte gemacht werden können. Nur das eine Ziel lebe heute in den Gedanken der Osmanen: „Es lebe der Patriotismus, es lebe die Einheit!“

Sofia, 1. Febr. Die türkische Antwort wird zwar an hiesigen maßgebenden Stellen als unbefriedigend bezeichnet, doch ist der allgemeine Eindruck nicht so ungünstig. Diplomatische Kreise sind der Ansicht, daß aus dem Inhalt der Antwort auf eine weitere Nachgiebigkeit der Türkei geschlossen werden könne, so daß die Möglichkeit weiterer Verhandlungen nicht ausgeschlossen sei.

Toulon, 1. Febr. Der Panzerkreuzer „Victor Hugo“ ist nach Konstantinopel in See gegangen.

Konstantinopel, 1. Febr. Nach einer Meldung des Marineamts überfiel der Kreuzer „Samidie“ bei der Insel Mitropalia vier griechische Truppenschiffe. Er schoß drei in den Grund und zwang das vierte zum Auflaufen. Der siegreiche Kreuzer wurde heimberufen, um die Operationen bei Gallipoli zu unterstützen.

Belgrad, 1. Febr. „Politika“ meldet, daß unter den türkischen Kriegsgefangenen in Negotin bei Plethypus ausgebrochen sei. Von 342 Erkrankten seien bisher 142 gestorben. Da die Krankheit sich auch unter der Bevölkerung ausbreite, herrsche Panik in der Stadt.

Wien, 1. Febr. Das „Fremdenblatt“ meldet: Der Oberleutnant Prinz zu Hohenlohe wird sich in den nächsten Tagen als Träger eines Handschreibens des Kaisers Franz Joseph an den Kaiser von Rußland nach St. Petersburg begeben. Der direkte Verkehr zwischen den beiden Monarchen entspricht den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den beiden Höfen in Wien und St. Petersburg bestehen.

Reichstag.

Berlin, 31. Januar. — Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 1.15 Uhr die Sitzung. — Die Debatte über die vorübergehenden **Hollersteigerungen bei der Fleisch-Einfuhr** wird fortgesetzt.

Abg. Freiler von Camp (Niederrh.) bemerkt, die Aufhebung der Futtermittelzölle würde lediglich den Händlern zugute kommen; eine dauernde Abhilfe sei nur möglich durch eine weitere Förderung der Viehzucht durch kleine und mittlere Bauern.

Abg. Fischek (Hörsing. Sp.) erklärt, aus der Rede des Freiherrn von Camp geht hervor, daß sein Antrag mißverstanden worden sei. Er füge diesem daher hinzu, daß die Zollsuspension gelten solle, so lange ein Notstand besteht.

Abg. Schmitt-Würzburg (Soz.) fordert die dauernde Grenzöffnung.

Regierungsrat Meuschel stellt fest, daß eine unterschiedliche Behandlung des Gefrierfleisches und des frischen Fleisches im Zolltarif und Fleischbeschauengesetz nicht bestehe.

Abg. Mähinger (Zentr.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schmitt-Würzburg.

Abg. Ostermann (Sozp. der Natl.) führt aus, der Bauernstand muß seinen gerechten Anteil haben an dem Ertrag seiner Mühe. Der § 12 des Fleischbeschauengesetzes darf nach Ansicht des deutschen Bauernbundes nicht angesetzt werden.

Abg. Koch (Hörsing. Sp.) erklärt, ohne Aufhebung der Futtermittelzölle sei es nicht möglich, das Vieh durchzuhalten. Durch die Zollpolitik werde unfehlbar der kleine Bauernstand auserottet.

Abg. Leveque (Lothr.) bittet, als Tierarzt und Sachverständiger, nicht für Aufhebung des § 12 des Fleischbeschauengesetzes zu stimmen.

Abg. Gebhardt (Wirtschaftl. Vereinigung) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Koch.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die **sozialdemokratischen Anträge** werden in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Alsdann wird über den Antrag der **Fortschrittlichen Volkspartei**, der den Bundesrat ermächtigt, allgemein die Zölle für Schlachtvieh und Fleisch, sowie für Jung-, Mager- und Judtwiech ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen, soweit es zur Abhilfe eines Notstandes erforderlich ist, namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 34 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Der Antrag der **Fortschrittlichen Volkspartei** auf Suspension der Futtermittelzölle wird gleichfalls, und zwar mit 35 Stimmen Mehrheit, abgelehnt. Der **Gesetzentwurf** wird darauf fast einstimmig angenommen. Abgelehnt wird ferner der freisinnige **Eventualantrag** zu der sozialdemokratischen Resolution betreffend die **Entsendung von beamteten Tierärzten** in die betreffenden Ursprungsländer. Schließlich wird die sozialdemokratische **Resolution** mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso alle übrigen Resolutionen. Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes erledigt und die Sitzung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Dritte

Lesung des Fleisch-Einfuhrgesetzes, Fortsetzung der Etatsberatung. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 31. Jan. Bei der gestrigen Abstimmung der Reichstagskommission zur Vorbereitung des **Leuchtölgewetzes** (Petroleummonopol) wurde infolge des Durchtretens von Anträgen der Abg. 1 des § 1, der das Prinzip des Gesetzes enthält, abgelehnt. Da hierdurch entgegen der Absicht der Mehrheit eine Lücke entstand, nahm die Kommission, um eine Unterlage für die zweite Lesung zu gewinnen, die Einleitung und Überschrift des Entwurfes an und beschloß, in der nächsten Woche in die zweite Lesung einzutreten. Jemand eine sachliche Entscheidung ist bisher nicht erfolgt.

Politische Übersicht.

Der Dank des Kaisers.

Der Kaiser erjuchte, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, den Reichskanzler, folgenden **Erlass** zur öffentlichen Kenntnis zu bringen: „Ich habe bei meinem Eintritt in ein neues Lebensjahr wiederum zahlreiche Glück- und Segenswünsche von Gemeinden, Vereinen, Korporationen und einzelnen Patrioten erhalten. In allen Kreisen des deutschen Volkes im In- und Auslande ist man bemüht gewesen, mich durch Glückwünsche herzlichste Teilnahme und treueste Anhänglichkeit zu erfreuen. Mein Geburtstag leitete in diesem Jahre eine Reihe von Gedanktagen ein, die uns die Begebenheiten der nationalen Erhebung Preußens von 100 Jahren wieder lebhaft vor Augen führten. Beim Rückblick auf jene Zeit größter Not und höchsten Ruhmes erkennen wir mit Bewunderung, was ein Volk zu vollbringen vermag, dessen Vertrauen auf Gott für König und Vaterland, Freiheit und Ehre auch das Letzte einsetzt, was ihm an Gut und Blut geblieben ist. Möge diese Erinnerung an die Vergangenheit dazu beitragen, uns stets gegenwärtig zu halten, was wir dem Vaterland schulden und uns anspornen, bei den unserer Generation von der Vorsehung gestellten Aufgaben die gleiche Treue, Opferfreudigkeit und Einmütigkeit zu betätigen, wie es vor 100 Jahren von unseren Vätern geschehen ist. Mit diesem Wunsche möchte ich das deutsche Volk in die bevorstehenden patriotischen Gedanktage geleiten. Allen denen aber, welche mir in diesen Tagen ihre vertrauensvolle Liebe und Anhänglichkeit bezeugt haben, möchte ich meinen Dank aussprechen.“

Zur Leuchtölfrage.

Auf Einladung der Reichsverwaltung hielten am Freitag im Saale des Reichstagsgebäudes vier Vertreter der unabhängigen amerikanischen Petroleumindustrie Ansprachen und Vorträge über die rechtliche und wirtschaftliche Situation des Leuchtölmärktes in Nordamerika. Hierzu hatten sich eine größere Anzahl von Reichstagsabgeordneten eingefunden. Zunächst setzte Chamberlain, der Syndikus der amerikanischen Petroleum-Association an der Hand statistischen Materials und einer Karte der Vereinigten Staaten, die Lage und Entwicklung der Standard Oil Company, sowie der unabhängigen Gesellschaften, Verkehrsmittel und die rechtliche Lage hinsichtlich der „Pipe Lines“ auseinander. Er erklärte, die unabhängigen Raffinerien hätten sich zusammengesetzt, nachdem sie von dem gesetzgeberischen Vorgehen Deutschlands hörten. Sie selbst seien als Vertreter herübergekommen worden und jederzeit imstande, der deutschen Monopolverwaltung 700 000 Tonnen ausgearbeitetes Leuchtöl zu liefern, wenn es in den amerikanischen Häfen durch Schiffe der Monopolverwaltung abgeholt würde. Können derartige langfristige Verträge zustande, so würden sie sofort Pipe Line für raffiniertes Leuchtöl in die Golfhäfen legen, um hierdurch erheblich an Kosten zu sparen. Chamberlain erklärte, er sei bereit, alle aus der Versammlung gestellten Anfragen zu beantworten. Hieron wurde weitgehend Gebrauch gemacht. Alle Fragen wurden von Chamberlain und den anderen Amerikanern, Richardson von der Western Petroleum-Association, und Worthington, bereitwillig beantwortet, die sich sehr befriedigt über den Gang der Verhandlungen aussprachen. In den nächsten Tagen werden sie nach Amerika zurückkehren. Eine Sitzung der Leuchtölkommision fand am Freitag nicht statt.

Die Fleisch-Enquête-Kommission.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die **Fleisch-Enquêtekommission** setzte unter dem Vorsitz des Staatssekretärs **Delbrück** die Verhandlungen fort. Bei den derzeitigen und den folgenden Verhandlungen der Kommission handelt es sich um **Vernehmung** der aus allen beteiligten Kreisen — Landwirtschaft, Handel und Fleischergewerbe — benannten **180 Sachverständigen** aus den verschiedensten Teilen des Reiches. Gegenüber Äußerungen, daß die Kommission zu langsam arbeite, muß immer wieder hervorgehoben werden, daß es von vornherein nicht Aufgabe der Kommission sein konnte, Maßnahmen zur Behebung der **augenblicklichen Teuerung** zu beschließen. Die Kommission hat vielmehr ganz bestimmte Fragen zu erörtern, von deren Klärung weitere Entscheidungen erst abhängen sollen. Während augenblicklich die Sachverständigen aus dem Verordnungsgebiet Berlins zu Worte kommen, werden zu den nächsten Sitzungen Gruppen von Sachverständigen aus anderen Teilen des Reiches eingeladen werden. Der Zweck der Anhörung der Sachverständigen ist, den Mitgliedern der Kommission und den Vertretern der Regierung Gelegenheit zu geben, sich auf Grund des lebhaften Meinungsaustausches ein vollständiges, objektives Bild über alle einschlägigen Fragen zu verschaffen. Beschlüsse werden dabei nicht gefaßt, wohl aber ist den Sachverständigen, die in ihrer weitaus größtenteils Mehrzahl Männer des praktischen Lebens sind, in un-

lassenber Weise Gelegenheit geboten, Wünsche und Anregungen zu den einschlägigen Fragen zu äußern. Am Donnerstag mittags wurde das geschäftliche Verfahren der Warenhäuser beim Fleischverkauf, insbesondere auch die dort durchgeführte Barzahlung gegenüber der im Detailverkauf vom Publikum in weitem Umfang beanspruchten Kreditgewährung in allen Einzelheiten besprochen. Nachmittags wurde über Statistiken sowie über das gesamte Nachrichtenwesen und das Zustandekommen der Zahlen für die Fleischpreise verhandelt. Am Freitag wurde das Eingreifen der Kommunen in die Organisation des Fleischverkaufs erörtert. Nach Abschluß der Sachverständigenberatung wird in einer Schlußsitzung der Kommission ohne Beteiligung der Sachverständigen eine Besprechung über den Gesamteindruck herbeigeführt und dabei auch über die Bewertung des umfangreichen Materials Beschluß gefaßt werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus fand die Polendeckelung sowie die Abstimmung des Reichstags über ein Mißtrauensvotum für den Kanzler einen lebhaften Widerhall. Der freikonservative Abg. v. Kardorff richtete schwere Vorwürfe gegen das Zentrum wegen dessen Polendeckelung. Er führte lt. „Köln. Z.“ folgendes aus: „Wir haben umso mehr Veranlassung, die Stellung der preussischen Regierung im Bundesrat gegebenenfalls dadurch zu stärken, daß wir die Angelegenheiten des Reiches mehr als bisher vor unser Forum ziehen, als sich neuerdings der Reichstag in einer ganz unerhörten Weise in innerpreussische Angelegenheiten eingemischt hat. Gestern haben offene und verkappte Reichsfeinde zu meinem sehr lebhaften Bedauern sich mit dem Zentrum zusammengeworfen und eine Resolution angenommen, in der dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum ausgestellt wird. Ich bedauere, daß Sie, meine Herren vom Zentrum, diese Aktion mitgemacht haben, ich bedauere aufrichtig und tief, daß Sie sich in diese Gesellschaft begeben haben, daß Sie nicht die Achtung vor der Mehrheit dieses Hauses, die Achtung vor der Mehrheit des anderen Hauses, die Achtung vor der königlichen Staatsregierung davon abgehalten hat, eine derartige Aktion mitzumachen. Ich weiß nicht, ob Herr Wettern auch dabei gewesen ist. In der Gesellschaft von Völen und sonstigen Reichsfeinden, da gehört er hinein. Ich will hoffen, daß diese Aktion auf die Staatsregierung keinen Eindruck machen wird. Auf die Materie, auf das Enteignungsgezet, will ich hier nicht eingehen. Man kann vielleicht bedauern, daß ein solches Gezet gemacht worden ist, aber es handelt sich um ein preussisches Gezet, und für die Durchführung preussischer Gesetze ist der Ministerpräsident uns verantwortlich, aber nicht dem Deutschen Reichstag. Wir weisen jedenfalls diese Einmischung aufs entschiedenste zurück. Wir lassen uns ein Hineinreden in diese Fragen von niemand gefallen.“

* Prinz Friedrich Karl von Hessen ist am Freitag vor-mittag von Berlin nach Dessau abgefahren.

* Das 3. Stammesbataillon siedelt am Freitag von Wilhelmshaven nach Cuxhaven über, wo es dauernd Garnison bezieht.

* Einstellung von Schutztruppen-Freiwilligen. Nach einer jetzt ergangenen Verfügung des Kommandos der Schutztruppen im Reichskolonialamt, erfolgt die Einstellung von Ein- und Zweijährig-Freiwilligen in die Schutztruppe für Südwestafrika in Zukunft nur noch am 1. Oktober.

* Das preussische Herrenhaus nahm in 2. Lesung den Nachtragsetat für 1912, der 60 900 000 Mk. zur Erweiterung der Eisenbahnanlagen und zur Unterstützung der Unterbeamten fordert, debattellos an. Ebenso wurde das Moorchutzgezet ein bloc angenommen. Die Beratung des Wasserchutzgezetes wird erst Montag den 3. Februar erfolgen.

* Bürgerchaftswahlen in Hamburg. Bei den gestrigen Wahlen zur hälftigen Schlichtererneuerung der Bürgerchaft sind in zwei Bezirken des Landgebiets zwei Mitglieder der Rechten gewählt. In den anderen zwei Landbezirken hat Stichwahl zwischen den vereinigten Liberalen und den Sozialdemokraten resp. der Rechten stattgefunden. Bis 1/2 12 Uhr nachts waren die Resultate aus 80 Stadtbezirken bekannt. Die vereinigte Linke erhielt 68 662, die zu einer Liste verbundenen rechtsstehenden Parteien 106 580 und die Sozialdemokraten 164 568 Stimmen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 1. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfangt heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zur Vortragserstattung.

Von 11 1/2 Uhr an meldeten sich folgende Offiziere: Generalmajor z. D. von Arnim, bisher Kommandeur der 28. Kavallerie-Brigade; ferner zur Überreichung der Monatsrapporte: Oberst von Altrod, Kommandeur des 1. Badischen Leibgrenadier-Regiments Nr. 109, Oberst von La Chevallerie, Kommandeur des Feldartillerie-Regiments Großherzog (1. Badisches) Nr. 14, und Major von Brezler für den erkrankten Kommandeur des 1. Badischen Leibdragoner-Regiments Nr. 20.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo,

Nach Mitteilung der Tagespresse haben am 22. Dezember 1912 zwei Herren im Jagdanzug in der Nähe der Bernhardskirche in Karlsruhe ihren Hund auf einen Kapuzinerpater gehetzt. Sofort nachdem die Polizeidirektion Karlsruhe hiervon Kenntnis erhalten hatte, wurden polizeiliche Erhebungen über den Vorgang veranlaßt. Der nach diesen Erhebungen in Betracht kommende Kapuzinerpater machte bei seiner durch Vermittlung des kaiserlichen Polizeipräsidenten in Ströburg am 7. Januar 1913 erfolgten Einberufung folgende Angaben.

„Der Vorfall hat sich ereignet am 21. Dezember 1912 nachmittags etwa 2 Uhr 40 Min. auf dem Platze vor der Bernhardskirche in Karlsruhe. Ich hatte 40 Minuten Aufenthalt und wollte mir in dieser Zeit die Kirche ansehen. Auf dem Kirchenplatz befindet sich eine Anlage von niederen Bäumen. Auf einem derselben saß ein bunter Vogel, auf den 2 Herren einen mittelgroßen Hühnerhund hetzten. Ich wunderte mich, daß der Vogel nicht fortfloht, trotzdem der Hund mehrmals in die Höhe sprang. Als ich an den Herren vorbeiging, spötelten sie über mich, indem sie mehrmals riefen: „Anton von Padua“. Der Hund kümmerte sich um mich nicht. Ich gab den Herren keine Antwort, sondern ging die Anhöhe zur Bernhardskirche hinauf. Wenige Schritte von der Kirche entfernt sah der Hund mir plötzlich auf dem Rücken. Daß er zugechnappt hat, glaube ich nicht. Ich drehte mich um und sah, daß die Herren nicht mehr bei dem Baum standen, sondern der Chaussee entlang gingen, die parallel läuft mit der Bernhardskirche. In der Überzeugung, daß der Hund auf mich gehetzt worden war, sagte ich zu den beiden Herren: „Ich könnte Sie jetzt anzeigen und Sie würden gewiß strenge bestraft, aber ich will es nicht tun. So viel will ich Ihnen aber doch sagen, ich bin weiter in der Welt herumgekommen, als Sie beide, aber nirgends ist mir so etwas passiert, wie heute in Karlsruhe und ich glaube, es wäre eine gebildete Stadt.“ Ohne ein Wort zu erwidern, gingen die beiden Herren weiter, woraus ich noch einmal schloß, daß der Hund auf mich gehetzt worden war. Dies wurde mir auch bestätigt von einer Frau, die zur Kirche ging und den Vorgang beobachtet haben muß; sie sagte zu mir: „Pater, sie haben den Hund auf sie gehetzt“. Vor der Kirche wünschte mir die Frau den Sand vom Mantel ab. — Die Herren kann ich folgendermaßen beschreiben: Beide mittlerer Größe, etwa 30—40 Jahre alt, anscheinend im Jagdkostüm, nicht gerade nobel, aber auch nicht schlecht; einer trug, glaube ich einen Schnurrbart; Jagdflinten habe ich nicht bei ihnen gesehen; die Kopfbedeckung kann ich nicht beschreiben, ich glaube, es waren Hüte. Der Hund war ein Hühnerhund, kurzhaarig, gelblich, näher kann ich ihn nicht beschreiben. Ich bin der Ansicht, die beiden Herren machten Übungen mit dem Hund und dem Vogel, die mir ausgetopft schien. — Die Frau, welche mich abwies, war 40—50 Jahre alt, einfach bürgerlich gekleidet, groß. — Weiter Sachdienliches kann ich nicht angeben, nur glaube ich, daß die beiden Herren in der Nähe der Bernhardskirche wohnen.“

Trotz eingehender Nachforschungen war es leider nicht möglich, auf Grund dieser Angaben die Täter oder die als Zeugin in Betracht kommende Frau zu ermitteln. Sollten die weiteren Erhebungen zur Ermittlung der Täter führen und nachgewiesen werden, daß sie in der Tat den Hund auf den Franziskanerpater gehetzt haben, so wird selbstverständlich die Bestrafung gemäß § 366 Ziffer 6 R. Str. G. B. herbeigeführt werden.

Zur Ungültigkeitserklärung des Reichstagsmandats Kölsch.

Der Wahlbezirk Offenburg-Wehl war seit Jahrzehnten wechselnder Besitz des Zentrums und der Nationalliberalen; im Zollparlament 1868 durch die Großdeutsch-kath. Volkspartei, 1871—1880 durch die Nationalliberale Partei, 1880 durch das Zentrum, 1881—1884 nationalliberal, 1884—1887 Zentrum, 1887—1890 nationalliberal, 1890 bis 1912 Zentrum.

Bei der Hauptwahl am 12. Januar 1912 erhielten Stimmen: Kölsch (Ztr.) 11 615 (1907: 11 849), Kölsch 8962 (8734) und der Sozialdemokrat 3705 (2554). In der Stichwahl siegte Kölsch mit 12 712 gegen 12 704 Stimmen. Wahlberechtigt waren 26 877 (1907: 25 926), abgestimmt haben 24 235 (23 153).

Aus der Residenz.

Marcell Salzer, der auch hier bekannte Vortragsexperte wird nun auch in dieser Saison am 2. Februar einen seiner erfolgreichen „Lustigen Abende“ hier geben und mit einem ganz neuen Programm aufwarten. Das Arrangement und der Kartenverkauf liegt wie immer in Händen der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz Nachf. Kaiserstraße 114.

R. Konzert Schweidert. Das von unserer heimischen Violinistin Margarete Schweidert unter Mitwirkung zweier Stuttgarter Künstler im Museumsaal gegebene Konzert hinterließ ungleichartige Eindrücke. Das Programm enthielt nur moderne Werke: eine mit virtuosem Kontrapunktischen Können gearbeitete, doch mehr zum Verstand als zum Herzen sprechende Sonate op. 21 von Jos. Haas, eine in Anlage und Ausführung stark an Brahms gemahnende, technisch reife, doch vielfach allzu spröde klingende Sonate op. 7 von Paul Juon und eine Anzahl Lieder der Konzertgeberin selbst. Diese Lieder haben uns etwas enttäuscht. Man kann zwar nicht sagen, daß die junge Komponistin auf ausgetretenen Pfaden wandle; im Gegenteil stellt sich ihre Sekttechnik als ein ständiges Ausweichen vor Reminiscenzen und gewohnten Tonfolgen dar. Aber es fehlt ihr an Intuition, an melodischer Erfindungs-gabe, der Fähigkeit, dem Stimmungsgehalt einer Dichtung den ihr adäquaten musikalischen Ausdruck zu geben.

Wir verstehen den an sich sympathischen Ehrgeiz Fr. Schweiderts, auch auf dem Gebiete der Komposition, das bisher noch keiner ihrer Geschlechtsgenossinnen wirkliche Erfolge brachte, schöpferisch tätig zu sein. Aber gerade die Achtung vor ihrem ehrlichen musikalischen Streben zwingt uns, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß sie sich damit auf faischem Wege befindet. Wer heute die Laufbahn des Virtuosen erwählt, tut gut daran, all seine Kräfte auf das eine Ziel zu richten, sonst bleibt er im Mittelmäßigen stehen. Fr. Schweidert ist eine talentierte Geigerin; ihr großer schöner Ton, ihr intelligenter, entschiedener und dennoch innig besessener Vortrag läßt hoffen, daß sie auf dem Gebiete der reproduzierenden Kunst Erfolg und Anerkennung finden wird. Umso wünschenswerter scheint es uns, daß sie ihre ganze künstlerische Energie auf ihr Geigenspiel konzentriere. Die Sopranistin Emma Dell trug die Lieder mit viel Empfindung vor. Adolf Benzinger erwies am Klavier eine tüchtige pianistische Schulung.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Balkankriege.

Konstantinopel, 1. Febr. Das Kriegsministerium hat, wie die Blätter melden, den Hafenpräfekten angewiesen, die Abfahrt der im Hafen liegenden ottomanischen Handelschiffe bis auf weiteres zu untersagen und die gesamte Ladung löschen zu lassen. Ein Abendblatt berichtet über Vorpustenscharnügel in der Tschataldjalinie und bei Gallipolis, die nach der Entsendung von Verstärkungen einen gewissen Umfang annahmen.

Zum Tode des Erzherzogs Rainer.

Wien, 31. Jan. Heute nachmittag fand die feierliche Beisetzung des Erzherzogs Rainer statt, zu der Erzherzog Franz Ferdinand in Vertretung des Kaisers erschienen war. Kaiser Wilhelm ließ sich durch den deutschen Botschafter vertreten. Außerdem hatten sich eingefunden die Erzherzöge und Erzherzoginnen des kaiserlichen und königlichen Hauses und zahlreiche fremde Fürlichkeiten.

Wien, 31. Jan. Im Auftrage des deutschen Kaisers legte der deutsche Botschafter v. Tschirsky in der Kaisergruft einen Kranz an dem Sarge des Kronprinzen Rudolf nieder.

Berlin, 1. Febr. Der frühere Botschafter, Wirkl. Geheimrat von Holleben ist gestern abend 75 Jahre alt an Herzschwäche gestorben.

Berlin, 1. Febr. Im Abgeordnetenhaus führte heute bei der Beratung des Etats des Innern der Minister des Innern von Dallwitz aus: Es ist ganz gleichgültig, nach welchem Modus die Wahlen für eine gesetzgebende Körperschaft stattfinden. Es kommt nur darauf an, was die Körperschaft Praktisches leistet und da schneidet das preussische Wahlrecht nicht schlecht ab. Bezüglich der polnischen Enteignungs-Interpellation habe ich namens der preussischen Regierung ausdrücklich und entschieden zu erklären, daß diese die Zuständigkeit des Reichstages überschreitet. Lediglich die preussischen gesetzgebenden Körperschaften sind zuständig, darüber zu entscheiden, ob preussische Gesetze zu Recht oder zu Unrecht angewandt werden. Zum Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Minister dagegen, daß die Stadt Berlin in der Eingemeinderungsfrage und in der Angelegenheit der Übertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt brüskiert worden sei.

Berlin, 1. Febr. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Abend Sitzung die zu Erweiterungen und Neubauten für die Museen in Berlin geforderte Rate von 2 Millionen Mark einstimmig angenommen. Von der Regierung soll eine Sachverständigenarstellung in Fachzeitschriften veranlaßt werden.

Berlin, 1. Febr. Der Leiter der deutschen antarktischen Expedition, Filchner, ist heute in Berlin angekommen.

Königsberg, 1. Febr. Nach sechswöchentlichem Aufenthalt im Taunus ist die Königin Wilhelmina von Holland heute vormittag 1/2 10 Uhr über Frankfurt nach dem Haag zurückgekehrt.

Hamburg, 1. Febr. Das Fahrpersonal der Hamburger Hochbahn ist heute morgen wegen nicht erfüllter Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird mit Hilfe des Aufsichtspersonals nach Möglichkeit aufrechterhalten.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 2. Febr. Nachmittags 1/2 3 Uhr: XX. Vorst. außer Ab. Ermäßigte Preise: „Der Raub der Sabinerinnen“, Schwan in 4 Akten von Schönbach. Anfang 1/2 3 Uhr, Ende 5 Uhr. (2 W.)

Abends 7 Uhr. Abt. C. 35. Ab.-Vorst. Neueinstudiert: „Die Fleckermaus“, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (6 W.)

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

„Restaurant Museum“
Eigene Konitorei.
5-Uhr-TEE

E. Büchle Inh. W. Bertsch Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 123, zwischen Wald- u. Karlstr. Größtes Spezialgeschäft für gediegenes C. 280 Wandbilderschmuck, Bildereinrahmungen Besichtigung ohne Kaufzwang.

Museum
Heute, Sonntag 2. Febr., 8 Uhr
Lustiger Abend
Marzell Salzer
 Humor. Fastnachts-Programm.
 Karten zu Mark 3.—, 2.— und 1.— in der E.59
 Hofmusikalien- handlung **Hugo Kuntz** Nachfolger Kurt Neufeldt
 von 9—12, 3—7 Uhr.

Kaiser-Allee Baden-Baden 8 Minuten vom Bahnhof
„Französischer Hof“ Hotel I. Ranges
 in sonnig. freier Lage, gegenüber d. Trinkhalle u. Kurhaus.
Angenehmer Aufenthalt selbst im Winter — Zentralheizung. Wohnung mit Bad. Carl Ulrich, Bes.

Locarno-KURPENSION BETZ — **Monti**
 moderne Natur-, Sonnen- und Diätkur. Prospekte.
 Sonnenreichste Luftkur. Seilbahn 10 Minuten nach
 20 jährl. Praxis. Zentral-Heizung. Vollpension M. 5 an. B.874

HOTEL UND RESTAURANT
Friedrichshof
 (Direktion: G. Münzer)
 Erstes und größtes Restaurant der Residenz mit eleganter Weinstube
 Weine nur direkt vom Produzenten und ersten Firmen
Vorzügliche Biere der Brauerei Sinner, Grünwinkel
 Münchner Kochelbräu B.936
 Bestgepflegte Küche
 Reichhaltige Speisekarte
 Große und kleine Lokalitäten
 Täglich abends 8 Uhr:
Künstler-Konzerte.

Stenographie
Mittwoch den 5. Februar, beginnen wir mit einem
Aufängerkurs für Damen u. Herren
 in Stenographie nach Gabelberger u. Stolte-Schrey mit dem Bemerkn, daß der Unterricht gründlich erteilt und in kürzester Zeit (ca. 80—100 Silben) ein vorzügliches Resultat erzielt wird.
 Schönschreiben, Buchführung (einf., dopp., amerik.), Maschinenschreiben (30 erschl. Maschinen verschied. Systeme), Korrespondenz, kaufm. Rechnen, Rund-schrift, Wechsellehre, Scheckkunde, Kontokorrentlehre, Sprachkurse: Deutsch, Englisch, Französisch, Italien-, Spanisch.
 Ausbildung zur **perfekten Maschinenschreiberin** bezw. Maschinenschreiber nach der **Interwood** **Meisterschafts-Schnellschreib-Methode.**
 Alle nach dieser Methode Ausgebildeten sind flotte Maschinenschreiber und erhalten dadurch nicht nur leichter Stellung, sondern auch bessere Bezahlung.
 Wir möchten schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß **Ende März bzw. Anfang April** wie alljährlich wieder ein **Lehrlings-Kursus** für Konfirmanden, welche in eine kaufm. Lehre treten sollen, beginnt. Es ist empfehlenswert, wenn die jungen Leute vorher in Schönschreiben, kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Stenographie usw. ausgebildet werden.
 Die Kurse erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit und waren wir stets in der Lage, den jungen Leuten nach Beendigung derselben sof. geeignete Stellen in hiesig. Geschäften nachzuweisen.
Sprachkurse: — Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch
 Eintritt zu einzelnen Fächern jederzeit.
Tages- und Abendkurse.
 Auswärtige Schüler erhalten durch unsere Vermittlung **Fahrpreisermäßigung**, auch sind wir für gute, preiswerte Pension besorgt.
Ausführl. Auskunft u. Prospekte bereitwilligst durch die **Handelslehranstalt und Töchterhandelschule „Mercur“**
 Größtes und ältestes derartiges Institut am Platze.
Karlsruhe, Kaiserstr. 113, Ecke Adlerstraße. Telefon 2018.
 Anmeldungen werden täglich entgegengenommen in der Zeit von 8—12 und 2—8 Uhr. Sonntags von 9—1 Uhr. E.90

Café-Restaurant „Hildenbrand“
 Karlsruhe Waldstrasse 8
DOPPELSPATEN

 GABRIEL SEDLMAYR
 BRAUEREI ZUM SPATEN
 MÜNCHEN
Elisabeth Hensel Wwe.

Pensionat und Töchterheim
Wagner-Pätzold
Bad Kreuznach
 entspricht allen modernen Anforderungen im Haushaltungsunterricht, wissenschaftl. Fortbildung u. gesellschaftl. Formen. Ausgezeichnete Körperpflege. Beste Referenzen. D.922

Heiraten Sie nicht
 bev. üb. zukünft. Person u. Familie, üb. Mitg., Vermög., Ruf, Vorleb., genau informiert sind. Diskrete Spezial-Ausk. überall. **Welt-Auskunft und Detektiv-Institut „Globus“, Berlin W. 35.**

Badisch-Württemberg Güterverkehr.
 Die Anwendung des am den 1. Februar 1913 eingeführten Ausnahmetarifs für Schwefelfiesabrände ist an die Bedingung der Ausmühung des Ladegewichts geknüpft. Näheres ist bei den Dienststellen zu erfragen oder aus unserem Tarifanzeiger zu entnehmen. 3.506
 Karlsruhe, 1. Februar 1913.
 Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Für
Kostümfeste
 Original Tiroler
Gebirgs-Trachten
 für Herren und Damen
 Joppen, imit. Lederhosen sowie komplette Ausrüstungen, sehr preiswert.
 Alle Teile sind auch einzeln zu haben.
Spiegel & Wels.

Haushaltungs-Institut Schen-Hörtrich, Bensheim a. d. Bergstr. Gründl. hauswirtschaftliche und gesellschaftl. Ausbildung. Auf Wunsch jegl. Unterricht. Prospekt und Ref. durch die Post. E.48.7.1

Rheinische Hypothekenbank
Mannheim.
 Am 31. Dezember 1912 betrug die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Hypothekensandbriefe . . . Mk. 558 696 400.— die Gesamtsumme der in das Hypothekenregister eingetrag. Hypotheken Mk. 577 570 928.02 die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Kommunal-Obligationen Mk. 9 206 600.— die Gesamtsumme der in das Korporationsforderungs-Register eingetrag. Forderungen Mk. 14 698 704.91
 Mannheim 31. Dezember 1912. E.60

Ein unverbindlicher Besuch der Ausstellungs-räume der **Hofmöbelfabrik J.L. Distelhorst** in Karlsruhe Waldstr. 30/32 bietet einen Überblick über die ungewöhnlich reichhaltige Auswahl geschmackvoller **Wohnungs-Einrichtungen** in den verschiedensten Preislagen. Die Hofmöbelfabrik **J.L. Distelhorst** liefert auch einfache aber gediegene Möbel und leistet weitgehendste **Garantie für erstklassige Arbeit.**

R Th
 Waldstraße 30
 Samstag, 1., Montag, 2. und Dienstag den 3. Februar.
 Reichhaltiges, dezent gewähltes Programm. U. a.:
Königin Luise
 Historisches, vaterländisches Gemälde in 2 Akten.
 In der Titelrolle:
Fräulein E.68
Hanna Arnstadt
 vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin.
 Mit Genehmigung der Generalintendantur der Kgl. Schauspiele.
 Spieldauer ca. 1/4 Stunde.
 Außerdem noch einige soeben herausgebrachte Nummern.
Die Nachmittags-Vorstellung von 2 bzw. 3 bis 6 Uhr können auch von der Jugend unter 16 Jahren besucht werden.

2000 Mk.
 für Baugzwecke gesucht, von Beamten (F. 2) gegen hohen Zins u. beste Sicherheit, zunächst fest für 3 Jahre, dann 1/2jähr. kündbar. Angebote unter **E. 72** an die Exp. der Karlsruher Zeitung (nur von Selbstgebern).
Bürgerliche Rechtspflege.
 a. **Streitige Gerichtsbarkeit.**
 3.491. Karlsruhe. Landwirt Karl Gerner IV. in Staffort wurde durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier vom 27. Januar 1913 wegen Trunksucht entmündigt. Die Kosten des Verfahrens hat der Entmündigte zu tragen.
 Karlsruhe, 27. Jan. 1913.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts A II.
 b. **Bekanntmachung.**
 3.502. Konstanz. Über den Nachlaß der am 3. Dezember 1912 in Konstanz, ihrem Wohnsitz, verstorbenen Theresia geb. Wenzler, Witwe des Güterbegleiters Wolf Ehinger, wird die Nachlassverwaltung angeordnet und Ortsrichter Konrad Kleiner hier zum Nachlassverwalter bestellt.
 Konstanz, 28. Jan. 1913.
 Großh. Notariat I.
 3.498. Pforzheim. Im Konkursverfahren über den Nachlaß der Karl Gottfried Greul, Fuhrmann, Ehefrau Friederike geb. Weidner in Langenalb, wurde Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf
 Freitag den 21. Febr. 1913, vormittags 9 Uhr, vor Gr. Amtsgericht Pforzheim, 3. Stock, Zimmer 20.
 Pforzheim, 20. Jan. 1913.
 Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts A I.

Geheimrat Dr. Wattenbergs „OsioStose“
 Nährmittel für hoffende Frauen (zur Verhinderung des Zahnverfalls), sowie für Säuglinge, zur kräftigen Entwicklung des Knochenbaues und der Zähne. 1/2 Flasche für h. Frauen à 1,95 (exkl. Porto), 1/4 Flasche für Säuglinge à 1,65. Wo nicht am Platze erhältlich, erfolgt Zusendung durch das
Tuala-Werk R. Boermel & Co.,
 Frankfurt a. M., Neue Taubenstr. 5. D.906